

Universität Bremen:

Hans Werner Rothe: über die Gründung einer Universität zu Bremen. Denkschrift vorgelegt von der Universitätskommission des Senats der Freien und Hansestadt Bremen, Februar 1961

Universität Konstanz:

Denkschrift über die Errichtung von wissenschaftl. Hochschulen in Baden-Württemberg (Teil I, Neugründung einer Universität). Dem Landtag vorgelegt von der Landesregierung (3. Landtag, Beilage 2990 v. 25.4.63, April 1963

Universität Regensburg:

Gesetz über die Errichtung einer vierten Landesuniversität mit vollem wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrbetrieb vom 18.7.62
Zur Ausgestaltung s. "Universitätsgespräch 1963 (23.3.) in Regensburg" Beitrag d. damaligen bayr. Kultusministers Prof. Th. Maunz

IV. Schriftenreihen, Periodica etc.

Deutsche Universitätszeitung (DUZ) 1945 ff. (monatl.), Frankfurt a. M.

Schriften des Hochschulverbandes 1952 ff., Göttingen (einzelne aufgeführt)

Universitätsstage. Veröffentlichungen der Freien Universität Berlin (jährnl. Berlin, 1961 ff)

Studententage 1958/1960/1963, herausg. v. Verband Deutscher Studentenschaften (einzelne aufgeführt)

Deutscher Hochschullehrer (jährnl. herausg. v. VDS)

NACHWORT DES VERLAGES

Die Denkschrift des SDS zur Hochschulreform aus dem Jahre 1961 ist in vielem überholt, selbst in dem Sinne, daß die Reform welche sie mitbegründet hat, weiter gegangen ist als viele ihrer einzelnen Forderungen. Als historisches Dokument zeigt die Schrift jedoch wie kaum ein anderes das Selbstverständnis des SDS im Moment seiner Trennung von der SPD. So sehr die Schrift jedoch zum geschichtlichen Dokument geworden ist, so wenig wäre die Erinnerung an sie produktiv, die sie deshalb per se als inaktuell auffassen würde. Die einfache Anschauung der der zeitliche Abstand schon als Beleg für die Hinfälligkeit politischer Texte genügt, ist selbst nur Ausdruck mangelnden Geschichtsbewußtseins, das nicht vermag, jene Momente der Vergangenheit dem Vergessen zu entreißen, durch welche diese negativ in die Gegenwart hineinreichen. Freilich fällt es leicht, die Schrift, so wie das in der antiautoritären Revolte schon geschah, als überholt und reformistisch abzutun, womöglich ihre Schranken als subjektive Fehler ihrer Autoren und der damaligen Organisation des SDS zu erklären. Aber gerade dieses Denken wird nicht imstande sein, die Vorgeschichte der gegenwärtigen Linken und damit sich selbst als Bestandteil des geschichtlichen Prozesses zu begreifen, weil es am historischen Material nur sich selbst mit allen seinen Reduktionen wiederfindet, sein vermeintlich besseres Wissen unproduktiv bestätigt. Welche Bedingungen im sozialdemokratisch geprägten SDS es überhaupt ermöglichen, daß dieser zu einer der entscheidenden Interpretationsinstanzen der antiautoritären Revolte werden konnte und wie er dadurch nach wie vor in die gegenwärtigen Linken Gruppen hineinreicht, kann so schon gar nicht gefragt werden, wodurch die Tradition als versteinerte erst recht weiter wuchert.

Unverkennbar sind in der Schrift die Einflüsse traditionellen sozialdemokratischen Denkens. Obwohl am Gegenstand der Hochschule die Restriktionen bürgerlicher Öffentlichkeit reflektiert werden, bleibt der Text affirmativ in diese einbeschlossen. Die Opposition der Denkschrift lebt aus jenem liberalen Trotz, der die emanzipatorischen Ansprüche bürgerlicher Demokratie festzuhalten sucht, deren formalistischen Verdinglichungen selbst jedoch niemals auflösen kann. So soll die Demokratie „beim Wort genommen werden, mag auch ihre Verfassungswirklichkeit der Verfassungsnorm noch so sehr Hohn sprechen“.

(S. 121) Somit bleibt dann die in der Verfassungsnorm eingeschlossene Gewalt, sowie der mit der fortschreitenden Formalisierung einhergehende Verlust ihrer emanzipatorischen Substanz unreflektiert. Die Schrift wahrt den liberalen Gestus von Rechtsdeklamationen, stellt sich gleichsam als gesetzgeber-bereitendes Gutachten dar; das Verhältnis des Studentenverbandes, der an die Partei, mit der er liiert ist, Empfehlungen zu parlamentarisch-gesetzgeberischem Handeln vermittelt, hält in ihr nach. Zugleich enthält sich die Schrift fast aller Überlegungen zur Möglichkeit unabhängiger, über bloß institutionelle Beteiligung hinausgehender politischer Praxis der Organisation, woraus erst recht zu ersehen ist, wie fremd und verstellt die Möglichkeit einer massenhaften linken Studentenbewegung war, zumal ja auch im konkreten durch empirische Untersuchungen, wie der etwa zur selben Zeit erschienenen und für den SDS wichtigen Studie "Student und Politik" (Neuwied 1961) die Apathie der Studenten erst recht noch in sozialstaatlichem Begriffshorizont fixiert, aber nicht aufgelöst wurde.

Die kritischen Momente der Denkschrift scheinen daher nicht so sehr in ihren

unmittelbaren politischen Feststellungen, schon gar nicht in ihren einzelnen Forderungen, als in ihrer Form als einem wissenschaftlichen Arbeitsprodukt zu liegen, welches im Gegensatz zu den positivistischen Wissenschaften Ziele und Zwecke der politischen Organisation begründet. In der scheinbar unpraktischen, "stillen" Anstrengung, die Situation der Universität unter dem Aspekt der Veränderbarkeit darzustellen, die Ziele der politischen Organisation jenseits des bewußlosen Aktivismus aus der geschichtlichen Bewegung und damit als notwendig zu begründen, sich selbst als auch in jene eingeschaltet zu begreifen, liegt der Ansatz der Praxis, die über die traditionelle sozialdemokratische Politik hinausweist. Mit diesem Versuch entdeckt sich der SDS als Vermittlungsinstanz von Theorie und Praxis wieder. Der äußere politische Druck und die wachsende Unmöglichkeit, durch unmittelbare Beteiligung an institutionellen Einflüssen sich zu erschöpfen, treibt zur Selbstbestimmung. Ehe sich die SPD auch formell von dem Studentenverband trennte, waren es schon die Spuren theoretischer Identität, die im Widerstand gegen den doppelten Druck der sozialdemokratischen, bürgerlichen Liquidationsversuche einerseits wie gegen die völkischfrontartigen Gleichschaltungsversuche der illegalen KPD andererseits die Organisation erhalten hatten. Je mehr der Schein zerbrach, die herkömmlichen Organisationen der Arbeiterbewegung würden deren Tradition als emanzipatorische festhalten, um so dringlicher mußte die Neubegründung der Theorie erscheinen. So wird die Einrichtung von Arbeitskreisen, in denen überhaupt erst die Tradition angeeignet und zur praktisch verbindlichen Lehre ausgebildet werden soll, zum bestimmenden Moment der Organisation selbst. In diese wird damit ein kontemplatives, die Objektivität ihres Denkens förderndes Moment eingeführt, durch welche sie ihre Zwecke erst wirklich begründen kann. Gerade die später pauschal als Seminarismus abgelehnte Arbeit wird so zum Ansatz neuer Praxis. Und sie wird es dort, wo die Kontemplation ausgehalten und der Auflösung der Vernunft in funktionalistisches Denken widerstanden wird. Denn indem diese sich reflektisch mit ihrem Gegenstand sättigt, kann sie erst über die Fixierung an bloße Erscheinungsformen hinaus auf dessen Wesensbestimmungen stoßen. In dem Maße, wie die Organisation sich als Form der Vermittlung von Theorie und Praxis auch selbst begreift und mit dieser ihrer Formbestimmung ernst macht, dringt sie über eine bloß oppositionelle, an Erscheinungsformen festgehaltene Stellung hinaus.

Die Denkschrift ist eine der ersten Objektivationen dieses Prozesses, der freilich nicht als Lernprozeß bloßer Wissensaneignung sondern als einer der fortwährenden Auflösung, Reinigung, Konkretisierung aufzufassen ist, sie ist als solches Resultat ambivalent. Zugleich entspricht dies den formalistischen Momenten in der Organisationsform des SDS, durch welche seine Möglichkeiten beschränkt blieben, die in ihm latenten Widersprüche ganz herauszutreiben, theoretisch zu verarbeiten und als politische Richtungen darzustellen. Unter diesen Gesichtspunkten müßte auch die von einigen ihrer Autoren vorgelegte zweite erweiterte Fassung des Textes verglichen werden, die nicht allein die vorliegenden Ansätze erweitert und konkretisiert, sondern, soweit sie diese restriktiven Voraussetzungen nicht zugleich reflektiert, bereits einen recht brüchigen Konsensus erkennen läßt. (Vgl. Nitsch u. a., Hochschule in der Demokratie, Neuwied-Berlin 1965)

Die Unbestimmtheit, durch die sowohl der Begriff der Universität als auch die gewonnenen Zwecke des Handelns verkürzt werden, verkehrt sich, getreu reformistisch-dogmatischer Tradition, in grundsatzprogrammatische, endliche Postulate. Die negative Intention bleibt in sich gebrochen, die scheinbare

Ausweglosigkeit der historischen Situation gerinnt in formell gegeneinander aufgespaltene Tages- und Endziele, womit dann das gegenwärtig Wünschenswerte in die Zukunft projiziert, also der Sozialismus auf Vorstellumgen reduziert wird, die undurchsicht von den falschen Bedürfnissen der Gegenwart bestimmt bleiben. Dieser Pragmatismus kommt in den Erläuterungen deutlich hervor, mit denen die Schritt der SDS-Konferenz vorgelegt wurde. Dort heißt es zunächst:

"Die Denkschrift 'Hochschule in der Demokratie' ist nicht das Hochschulprogramm des SDS, das wäre verwerfen, sondern ist der Diskussionsbeitrag des SDS in der gegenwärtigen Phase der Diskussion um die Hochschulreform. Nichts Endgültiges, unbedingt zu kritisierendes, Änderbares, ein Diskussionsbeitrag, nicht mehr, aber auch nicht weniger." ("Neue Kritik", Sondernummer zur 16. o. DK des SDS, Oktober 1961, S. 2)

Damit wird also die Objektivität des Urteils, das die Schrift enthält, zum bloßen Dialog verflüchtigt; der Gedanke schreitet vor der Sache zurück, die er zu ergreifen sucht. Ganz im Geiste subjektiver Beliebigkeit fährt das Referat fort:

"Das Hauptproblem unserer Arbeit, mit dem wir uns von Anfang an auseinandersetzen mußten, war, wie wir den von uns intendierten sozialistischen Entwurf einer wirklichen demokratischen Universität mit den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen und damit mit den realen Chancen der Verwirklichung unserer Zielsetzungen in Verbindung bringen konnten. Wir gerieten immer wieder an die Grenze, wo wir uns sagen mußten: Die aus der Analyse gewonnenen Erkenntnisse würden jetzt konsequent und sachlogisch die und die Veränderungen etwa des Wissenschaftsbegriffes oder der Hochschulstruktur usw. zur Folge haben müssen, wenn die Hochschule sich hin zu einer effektiven Institution in einer sozialen Demokratie entwickeln sollte. Aber die reale Chance, daß sie diesen Weg einschlägt, ist sehr gering. An einem solchen Punkt angelangt, haben wir versucht, das Problem dadurch zu lösen, daß wir zwar nicht darauf verzichteten, klipp und klar zu sagen, nur dieser Weg käme eigentlich infrage für eine Hochschule in der Demokratie, daß wir aber dann immer an reale Möglichkeiten anknüpfend versucht haben, Bestehendes daraufhin zu befragen, wie es in dem von uns intendierten Sinne verbessert, ausgeweitet werden könnte. Also im Grunde jeweils eine Maximal- und eine Minimallösung. Um das an einem Beispiel deutlich zu machen: Unsere Analyse des sozialen Standortes des Studenten führte etwa im Hinblick auf die Emanzipation des Studenten konsequent und notwendigerweise zur Konzeption des Studienhonorars, der Arbeitseinschädigung. Nun weiß hier im Raum jeder, wie irreal wenn auch das einzig Richtige - diese Forderung unter den gegebenen Verhältnissen wäre. Wir haben darum zwar nicht darauf verzichtet, diese Forderung, weil wir sie für richtig halten, auszusprechen. Wir haben aber zugleich anknüpfend an die Studienförderung nach dem Homöter Modell versucht, Wege aufzuzeigen, wie diese Förderung verbessert und ausgeweitet werden könnte, zumindest - wie wir meinen - wie sie gerechter angewandt werden könnte. Unsere Denkschrift ist also stets unter diesen beiden Aspekten, dem mehr utopischen und dem mehr real-praktischen, die ja beide untrennbar in jeder sozialistischen Konzeption zusammenhängen, und nur so zu lesen." (a. a. O., S. 3)

Die Denkschrift begründet - um in dem Beispiel zu bleiben - das Studienhonorar in fast naturrechtlichen Wendungen mit der "natürlichen Neigung des Studenten, unabhängig vom Elternhaus sein und ein eigenes Leben führen" zu wollen (S. 133). Das Studienhonorar wird also nicht als Konsequenz des geschicht-

lichen Prozesses eingesehen, der zur Proletarisierung wissenschaftlicher Arbeit führt. Die syndikalistische, der kapitalistischen Logik immanente Forderung kann daher gegen die Widerstände, die sich ihm entgegenstellen und von diesem Denken pragmatisch auch überschätzt werden, selber zu einem Wert an sich, zum utopischen Ziel werden. Und so kommt es hier auch im Konkreten zur Verkürzung des "Endziels", indem die Warenform, innerhalb derer das Studienhonorar ja bleibt, zum Bestandteil dieses "Endziels" selbst wird.

Die Schrift gehört noch einer Epoche der Arbeiterbewegung an, die durch die Oktoberrevolution, die gescheiterte Novemberrevolution und die Niederwerfung durch den Faschismus bestimmt ist. Deren Selbstverständnis lebte, in sich schon hinfällig, in der Nachkriegsphase nur nach und starb im Sog der allgemeinen Auskühlung der politischen Begriffe mehr und mehr ab. Das betrifft auch die Kategorien der Denkschrift und beschränkt deren geistiges Leben. Solche wie abstrakte Arbeit, Ware usw. bleiben höchst vage und affirmativ, und dies beschränkt dann auch den Begriff der wissenschaftlichen Arbeit. Wo die Kritik der politischen Ökonomie überhaupt noch rezipiert wird, geschieht es fast ausschließlich in linkskeynesianistischem Horizont.

Zweifellos wäre es falsch, die Schrift auf eine der gegenwärtigen politischen Richtungen festlegen zu wollen. Sie läßt viele Probleme nicht nur in dem Sinne unentaltet, daß diese eben nicht ausgeführt werden, sondern bleibt überhaupt, auch in ihrem Denken, in ihren Voraussetzungen befangen. Ihr Urteil ist an Momente unauflöslicher Substantialität gebunden, die ihm aber zugleich Objektivität sichern. Gerade die antiautoritäre Revolte hat den Verfall objektiver Vernunft beschleunigt und dargestellt. Was dort als antifunktionalistisches Pathos sich entäußerte, dürfte eben dieselbe Substantialität gewesen sein, die den Geist der Denkschrift kennzeichnet. Hierin liegt einerseits ihre Möglichkeit, bestimmend auf das Bewußtsein der Protestierenden zu wirken, andererseits aber auch im Zuge der praktisch-sinnlichen Entäußerung dieser Substanz ihre Hinfälligkeit. Denn in der unmittelbaren, naturwuchstigen Weise dieses Denkens liegt zugleich die Schranke seines Selbstbewußtseins, dem dann die Praxis die Basis selbstbewußter Urteilskraft entzog. Die Schrift zeigt, daß im damaligen SDS keineswegs auch nur die Dignität des Denkens der "kritischen Theorie" und ihrer Tradition erreicht wurde, obwohl deren schulmäßiger Einfluß erkennbar ist. Aber es bleibt immerhin ein Bewußtsein, dem Konsistenz und Autonomie doch innewohnt, das daher Ideologie als richtiges wie zugleich notwendig falsches Bewußtsein bleibt.

Ideologiekritisch wird in der Schrift selbst vorgegangen. Sie hat ihre Wahrheit in der Beziehung auf die "klassische Idee" der Universität, deren emanzipatorische Bestimmungen sie gegen ihren Verfall festhalten sucht, den sie als Resultat der Industrialisierung des wissenschaftlichen Arbeitsprozesses an der Hochschule darstellt. Dieses Verfahren bewahrt die Schrift vor den pragmatischen Lehren, die Wissenschaft und ihre Organisationsformen affirmativ als das aufzufassen, was sie ist: als Herrschaftsdenken. Es ist nicht das Arbeitsprinzip der Denkschrift, undalektisch-fortschrittlich die klassische bürgerliche Ideologie der Universität, die ohnehin verfällt, noch zu stoßen. Vielmehr wendet sie diese gegen ihre eigenen Verfallsformen und findet in ihr den Ansatz, deren Komplexität mit den aktuellen kapitalistischen Herrschaftsformen aufzudecken. Insbesondere die von den Gründern der bürgerlichen Universität in Deutschland geforderte Autonomie

der Universität und das Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre, werden zu Momenten der Abwehr von Ansprüchen an die Wissenschaften, welche dahin tendieren, die Selbstbestimmung der Vernunft aufzugeben.

Allerdings enthält die ideologiekritische Anstrengung, die sich in der Schrift niederschlägt, selbst ein Moment wissenschaftssoziologischer Reduktion, in der sich die allgemeinen Schranken dieses Denkens geltend machen. Ihre Kritik der klassischen Begründungen der Universität ist nicht in dem Sinne, deren innere Antinomien, ihre Grenzen, aber auch die in ihnen enthaltene Utopie als Probleme ihres Vernunftbegriffs darzustellen. Wo auf die bürgerlichen Klassiker eingegangen wird, bleibt es weitgehend bei der historischen Relativierung ihrer Ziele und deren Verwirklichung. So wird zwar rationale Opposition gegen die modernen Derivate der Universitätsideologie begründet, aber die geschichtliche Konstitution der Universität und ihre Möglichkeiten können nicht wahrhaft kritisch begriffen werden. Vielmehr wird die "Idee der Universität" an sich festgehalten und verselbständigt, werden einzelne ihrer Momente zu Prinzipien positiviert. Da die elementaren Kategorien der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft fehlen, können die Bedingungen der Möglichkeit der Universität nicht entwickelt werden. Daher hat es für die Denkschrift die Institution der Universität auch eigentlich immer gegeben - und so wird sie auch verwirgt.

Diese bis heute unüberwundene Reduktion hat fatale Folgen. Sie ist die Grenze, bis zu der die Kritik der Universität in dem Maße war, über die Reform der Universität hinauszuweisen und den Revolütierenden das Bewußtsein ihrer eigenen Lage zu vermitteln. Doch bleibt durch die Hypostasierung der Institution der Universität, die einen wissenschaftlichen Kern von Wissenschaftsauffassung einschließt, die Möglichkeit verstellt, die Selbstaufhebung der Universität anders als phänomenologisch zu begreifen, wodurch dann die Reform, die technokratisch rationalisierte Hochschule positiviert werden kann. Daraus resultieren dann auch die in der antiautoritären Revolte zu Tage getretenen Komplikationen und der Verfall der in der Denkschrift dargestellten Konzeption. Einerseits wird versucht, das antifunktionalistische Pathos des Protests als Kritik des "Leistungsprinzips" aufzunehmen, ohne daß diese Kritik sich jedoch auf den Totalitätszusammenhang abstrakter Arbeit hätte beziehen, also als Kritik der politischen Ökonomie hätte entfalten können. Andererseits führt das damit verbundene starre Festhalten wissenschaftlicher Arbeit als abstrakter zur selber irrationalen Abwehr der spontanen, sich freilich zumeist nur hedonistisch ver-stehenden Glücksansprüche der Protestierenden. Forderungen wie die nach Auflösung der Universität in die Volksuniversität, die sich selbst nur spontan artikulieren konnten, mußten demnach nur noch als despotisch erscheinen und ohne Aussicht auf begrifflich organisierte Selbstauflösung bleiben. Das hat jedoch nicht allein die Distanzierung der "radikalen Reformen" vom Protest und seiner weiteren Entwicklung zur Folge gehabt. Auch in den aus ihm hervorgegangenen politischen Gruppen und ihrem Denken reproduziert sich offenbar das freilich nun noch mehr subjektivistisch verdünnte, abstrakte Wissenschaftsverständnis.

Die im Denken der Schrift stehengebliebene institutionelle Hülle der Universität bindet auch ihren Wissenschaftsbegriff an diese. Es liegt nicht in ihrem Begriff, die Bedeutung von Wissenschaft und Bildung im Reproduktionsprozeß des gesellschaftlichen Lebens allgemein bestimmen zu wollen. Die Intention, die Verhältnisse der Hochschulen zum Tanzen zu bringen, scheint unter diesen Voraussetzungen in die Tendenz umzuschlagen, wissenschaftliche Arbeit nur

nach in Beziehung auf die Universität oder Bildungsanstalten zu sehen. Fragen, wie die nach dem Verhältnis von geistiger und körperlicher Arbeit, ja nach der geschichtlichen Bedeutung geistiger Arbeit im gesellschaftlichen Produktionsprozeß, erscheinen daher höchstens, soweit sie die Universität betreffen, und dann auch hierin reduziert.

Die Denkschrift hält sich durchweg an die spezifischen Bedingungen konkreter wissenschaftlicher Arbeit, die sich kreativ an der Sache abarbeitet und somit Gebrauchswerte produziert. Diese unbefangenen festgestellten Voraussetzungen ist die Basis ihrer Kritik, von der aus die Arbeitsverhältnisse der Hochschule als negativ erscheinen. Als konkrete Arbeit ist wissenschaftliche Arbeit nützlich, ihre Ergebnisse nehmen ebenso wie die wissenschaftliche ausgebildete Arbeitskraft Warencharakter an. Zwar weiß nun die Schrift um die Wirkung der Form auf das Bewußtsein selbst, aber diese Einsicht kann nicht wirklich konkret entfaltet werden, weil eben der Warencharakter des Geistes diesem nur äußerlich erscheint. Die Subsumtion konkreter Arbeit unter abstrakte und ihre Bestimmungen wird nicht eingesehen. Daher bleibt die Kritik des herrschenden Wissenschaftsbegriffs selbst unsicher und widersprüchlich; dieser wird wesentlich an den Naturwissenschaften abgezogen, ohne die Intention deren mechanistisches Weltbild, ihren immanenten Herrschaftscharakter selbst noch zu problematisieren. Soweit darüber hinaus überhaupt zur Kritik des Positivismus weiter gegangen wird, bleibt es bei der äußerlichen Forderung nach Selbstreflexion der den Wissenschaften in ihrem Vorerständnis präsenten Zwecke ihres Tuns. Auf diese Weise erhält sich jedoch ein die Produktivität der Wissenschaften als werbestimmte Arbeit ungeschiedlich verklärendes Moment. Inwiefern sich diese nicht aus anderen Ansprüchen, sondern ihren eigenen immanenten Prinzipien fortschreitender Naturbeherrschung zufolge, erschöpfen und zu Destruktionskräften werden müssen, bleibt unbetragt.

Die Schrift will sich über die aufklärerisch-positivistische Kritik am spekulativen Selbstverständnis des frühbürgerlichen Geistes erheben und sperrt sich gegen dessen Reduktion auf die an den Abstraktionen des Äquivalententauschs abgebliebenen Nützlichkeitseffekte. Dies gelingt jedoch gerade deshalb nicht, weil der Widerstand gegen den auf Ausbeutung beruhenden, in den Schulzusammenhang von unmittelbarer Unterdrückung und Herrschaft verflochtenen Geist selbst zu unmittelbar bleibt. Denn die subjektive Intention, daß jener herab muß, verfällt selbst nochmals der falschen Abstraktion und der Rationalität abstrakter Arbeit. So wird der Arbeitsprozeß der Hochschule nicht als historisch bestimmte Produktionsweise, sondern lediglich deren Produktionsverhältnisse kritisiert, so als ob diese mit jener nicht vermittelbar wären.

In diesem Zusammenhang wäre auch der Demokratiebegriff zu diskutieren, der an den Universitätsverhältnissen expliziert wird. Durch den Abbau der Ordnarienherrschaft soll die "freie akademische Konkurrenz" wieder hergestellt werden. (§ 82) Dafür soll die Demokratisierung die materiellen Ausgangsbedingungen sichern. Das bedeutet zunächst den Abbau unmittelbarer personaler Herrschaftsverhältnisse und deren Ersetzung durch institutionell gesicherte Beziehungen freier Einzelner, deren Zusammenhang sich durch Arbeit vermittelt. "Demokratisierung der Hochschule bedeutet Aufhebung aller sachfremden Herrschaftspositionen und Abhängigkeitsverhältnisse in allen ihren Bereichen." (§ 93) Denn wie im Liberalismus der einzelne Privateigentümer fürs Ganze arbeitet, indem er seine egoistischen Ziele verfolgt, so

kommt Wissenschaft durch die konkurrierenden Produkte der kreativen Einzelnen zustande, die sich auf dem Markte zur Allgemeinheit entäußern. An der Universität hat jedoch eine Art Scheidung von Besitzern der Produktionsmittel und Lohnarbeitern stattgefunden. Getreu der sozialistischen Tradition werden die Ordnarien als Inhaber der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel angegriffen. Dabei geht die Kritik von der Einsicht aus, daß sich eine Art reeller Subsumtion wissenschaftlicher Arbeit unter Kapital, ihre innere Industrialisierung vollzogen habe, durch welche sich innerhalb der Universität staatskapitalistische Verhältnisse ergeben, deren unaufgelöste Herrschaftselemente durch die Ordnariate ausgeübt werden. Durch deren Auflösung soll die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel der Universität verallgemeinert, erst wahrhaft sozialisiert werden.

Die so als Wiederherstellung der Konkurrenz verstandene Demokratisierung fördert zunächst nur die Formalisierung der Beziehungen zwischen den Individuen. Erst auf dem Markte erweist sich, ob der Einzelne gesellschaftlich nützliche oder sinnvolle Arbeit geleistet hat, was dort sich nicht rechtfertigt, hat kein Existenzrecht. Die bloße Entbindung der Einzelnen schafft die Verfolgung von Partialinteressen nicht ab, sondern treibt sie erst recht heraus, wenn Gratifikationen und Entlohnung der nunmehr "bestizlosen Akademiker" unmittelbar an anerkannte Leistungen gebunden sind. Aus dem Kriegszustand der konkurrierenden Warenproduzenten des Geistes wird der nicht weniger aggressive unmittelbarer syndikalistischer Konkurrenz. Die weitere Analyse der Schrift hätte sich zu fragen, inwiefern die liberalen Momente in der Fassung dieses Demokratiebegriffs nicht selbst noch die Irrationalität des Individuums befördern, weil die Formalisierung seiner Beziehungen die sozialpsychologische Überformung der Subjektivität, die Vermehrung repressiver Kategorien abstrakter Arbeit nur um so unmittelbar macht, als sie selbst nicht reflektiert wird. Freilich geht die Schrift von der Reflexion der gesellschaftlichen Bestimmungen der Subjektivität aus und bricht damit mit den Abstraktionen des intelligiblen Subjekts, an dessen Stelle die Person als das Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse tritt. Aber diese Kritik der Person, der Charaktermaske, bleibt selbst äußerlich, läßt die Subjektivität frei. Gerade darin liegt jedoch ein Moment der Abstraktion, weil so von der gesellschaftlichen Natur der Subjektivität noch einmal abgesehen wird. Und in dieser Schranke scheinen auch die späteren Schwierigkeiten begründet zu sein, die sozialpsychologische Dimension des antiautoritären Protests angemessen kritisch zu begreifen. Obwohl konstatiert wird, daß die Masse der Studenten ein Verhältnis zu ihren Studiengegenständen zeige, das dem des auf das Geld reduzierten des Arbeiters zu seiner Arbeit ähnele, wird noch die Konditionierung des Individuums durch die Kategorien abstrakter Arbeit ganz unkritisch hingenommen, indem an den Prüfungsprozeduren festgehalten wird, unter die eben der Einzelne dezisionistisch subsumiert wird, um als Exemplar von Gattungs-Qualifikationen von der Universität auf den Arbeitsmarkt ausgestoßen zu werden. Die Gewalt der Entfremdung des wissenschaftlichen Arbeiters von seiner Arbeit, samt ihren Folgen für das Denken, das dadurch im Kern des Verhältnisses von Subjekt und Objekt getroffen wird, bleibt so undurchsicht. Selber als Indiz für die fortschreitende Funktionalisierung und Formalisierung der Vernunft wäre wohl auch die latente, dem eigenen Wesen der Schrift jedoch widersprechende Bereitschaft aufzufassen, mit der Kritik der in der "klassischen Idee" der Universität geforderten Einsamkeit und Freiheit des Wissenschaftlers als einem "Raum spielerischer Muse", die in ihrem Zusammenhang freilich ideologisch

und durch das besondere geschichtliche Elend des deutschen Bürgertums geformt ist, nicht nur deren utopischen Gehalt, sondern zugleich auch das kon-
templative Moment, das darin enthalten ist, zu eliminieren, ohne das keine
Hingabe an die Sache und damit keine objektive Vernunft möglich ist.

Es ist dies nicht das Prinzip der Schrift, und sie widerspricht sich soweit auch
selbst. Deshalb kann aber auch nicht problematisiert werden, wie die durch
die Liberalisierung geförderte formelle Einsamkeit, angesichts ihrer inneren
Aushöhlung, erst wieder zu einem Raum werden könnte, in dem sich der Einzel-
ne wenigstens denkend vergegenwärtigt, wie er das Allgemeine und die Tradition,
die er sich aneignen soll, für sich empfängt. Offensichtlich wird von Individuen
ausgegangen, die noch nicht durch zwanghafte Konzentrationschwäche etc. die
Einsamkeit der Selbstreflexion überhaupt fliehen müssen, oder in abstrakten
Produkten die Objektivierung und damit die Einsicht in ihr historisches Selbst
kompensatorisch verhindern. Kein Zufall ist es daher, wenn an allen ästheti-
schen Problemen, und somit auch denen der ästhetischen Wissenschaften, fast
ganz vorbeigegangen wird. Die wissenschaftliche Verachtung der "schönen Künste"
und der an sie gebundenen Wissenschaften gibt sie der kulturindustriell-kapitali-
stischen Verwertung preis. Später haben dann radikalere, im Kostüm eines dog-
matischen Marxismus auftretende Funktionalisten den "Niedergang der luxurie-
renden Wissenschaften" nur noch zynisch begrüßt, und in der Freude, daß es die-
sen nun heimgesucht werde, die Geschäfte des herrschenden Geistes besorgt. Die
ästhetische Blindheit der Schrift trifft sie selbst, und zwar genau in dem von der
Kunst vielfach dargestellten Sinne fortschreitender Verinnerlichung von Repres-
sion. Denn die aufklärerische Rationalität der von ihr intendierten Hochschulre-
form muß die "Revolution der Natur", als eine von ihren Inauguratoren kaum voll
begriffliche, herausstreben. Für diese bleibt dann allemal ein ressentimentaler
Rest, der sich entweder in regressiver Abwehr gegen den Hedonismus der Revol-
te oder in romantischen, bzw. naturrechtlichen Interpretationen äußert. Die
vorliegende Konzeption weist nun allerdings den Anspruch zurück, die Universität
solle auf die "Gesamtpersönlichkeit der Studenten" gerichtete Bildung betreiben.
Denn die Hochschule könne "lediglich eine Seite der menschlichen Persönlich-
keiten formen und zur Entfaltung bringen: den kritischen Intellekt." (S. 36) Die
Ursache dafür liege einerseits in den unzulänglichen praktischen Verhältnis-
sen der Hochschulen, andererseits darin, daß Wissenschaft "vom Medium der
Philosophie, der spekulativen Schau des Universums, zur 'Substanz praktischen
Handelns selbst' geworden" sei; "... das Band zwischen einer spekulativ-philoso-
phischen Bildung, die in kontemplativer Haltung in einem Raum der Einsam-
keit und Freiheit verharrt, und ihrem Medium Wissenschaft ist zerissen, seitdem
die Wissenschaft sich als Ausschnitt aus dem arbeitsteiligen gesamtgesellschaft-
lichen Produktionsprozeß entfaltet." (S. 37) Wenn jedoch lediglich die Kluft
zwischen philosophischer Spekulation und wissenschaftlicher Praxis die Ab-
weisung wissenschaftsfreier Bildungsansprüche an die Universität begründet,
die in der Tat bloß auf repressive Fürsorge hinauslaufen, dann hält sich darin
noch der bürgerliche, das denkende Subjekt hypostasierende Bildungsbegriff.
Doch auch hier bleibt der Ausweg zur kritischen Wendung offen. Unter dem Na-
men der politischen Bildung wird nämlich die Einsicht festgehalten, daß der
Einzelne durch politische Arbeit im Widerstand gegen die Klassengesellschaft
erst substantielle Bildungsgehalte empfangen kann. Der Wille, die eigene be-
drohte politische Identität und Organisation zu verteidigen, setzt sich - wenn gleich
in gebrochener Form - in die Rudimente der Idee der Bildung im Klassen-
kampf um. Diese erscheint - wie etwa der Gedanke eines "Werkjahres" für

Studenten (S. 52) - in unklaren, reduzierten Begriffen und kann nicht in denen
der revolutionären Organisation entfaltet werden. Doch wie unentfaltet auch
immer: die Einsicht, daß erst im negativen Widerstand die Formen, Solidari-
tät etc. entwickelt werden müssen, aus denen dem Einzelnen Schutz und
Widerstand zur Identitätsbildung zukommen kann, drängt über ihre eigene
falsche Form hinaus.

Frankfurt 1972

**Die Internationale
Zeitschrift
für Praxis und Theorie
des Marxismus
Jahrgänge 1915-1932**

Verlag Neue Kritik

1-12

Die Internationale
Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus
Jahrgang I, 1915 bis Jahrgang XV, 1932
12 Bände, insgesamt 10.150 Seiten
Subskriptionspreis bei Abnahme aller Bände DM 300,00
Einzelband DM 30,00